



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/230 - 5. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Verzicht auf kleineuropäische Blockpolitik	S. 1
Radikale Stimmung in Blackpool	S. 3
Für Milch 1.281.-- Mark monatlich	S. 5
Waldemar von Knoeringen 50 Jahre alt	S. 7

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 896 890

Um die Schaffung einer europäischen Freihandelszone

Von Hellmut Kalbitzer, M.d.B.

Die europäische Zusammenarbeit hat in letzter Zeit einen neuen Antrieb und eine neue Grundlage durch die Zusage der Engländer bekommen, sich mit Westeuropa zu einer Freihandelszone zusammenzuschliessen. Dieser Plan sieht vor, dass alle Teilnehmer untereinander stufenweise in zehn Jahren alle Zölle und sonstigen Handelshindernisse abbauen. Aber gegenüber Nicht-Teilnehmerländern behält jedes Land seine bisherigen Zollsätze und sonstigen Handelsvereinbarungen bei.

Als die Engländer schon im Juli auf einer Sitzung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) diesen Vorschlag machten, hielt man diese Wendung der britischen Politik für so phantastisch, dass der Plan kaum weiter diskutiert wurde, bis ihn jetzt der englische Schatzkanzler MacMillan mit seinen Kollegen aus Kanada, Australien, Neuseeland, Indien, Pakistan, Ceylon, Südafrika und den Kolonien besprach. Ob alle Commonwealth-Länder sich diesem Vorschlag anschliessen werden, ist freilich mit gutem Grund zu bezweifeln. Das bisherige Dilemma für England bestand darin, dass es zwischen der wirtschaftlichen Vorzugsstellung im weltweiten Commonwealth und einer engen Vertragsbindung zu Westeuropa wählen sollte. Jetzt ist offenbar daran gedacht, ihm seine Vorzugsstellung zu seinen überseeischen Gebieten zu belassen und zugleich die Vorteile einer engen Bindung an den Kontinent zu gewähren.

Das bedeutet für England ein Umdenken von der bisherigen Politik des bevorzugten Commonwealth-Handel zu einer engeren wirtschaft- -2-

lichen Bindung an Westeuropa. Ein solches Umdenken wird dadurch erleichtert, dass Englands Handel mit der Freihandelszone etwa denselben Umfang haben würde wie mit dem Commonwealth, ausserdem hat die Suez-Krise deutlich gemacht, wie abhängig Westeuropa und seine überseeischen Gebiete untereinander sind; das Mutterland ist nicht mehr stark genug, allein und souverän beide Gebiete seinen Interessen zu unterwerfen.

Für die Mächte der Montan-Union bedeutet dieser grössere Rahmen den erzwungenen Verzicht auf die kleinsuropäische Blockpolitik, wie sie in den vergangenen Jahren mit der europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der europäischen politischen Gemeinschaft dieser sechs Länder versucht wurde. Das verbietet nicht nur die englische, sondern auch die vorgesehene Teilnahme der Schweizer, Skandinavier und Österreicher.

Die Schwierigkeiten der Freihandelszone werden darin liegen, dass alle Teilnehmer ihre jeweiligen Hüttschuldkinder - bei uns also die Landwirtschaft - etwas härter anfassen müssen. Hierfür ist der zehnjährige schrittweise Zollabbau vorgesehen, der ausreichen dürfte, um zurückgebliebene Wirtschaftszweige zu sanieren. Die wirtschaftlichen Sonderinteressen einzelner Länder und Wirtschaftsgruppen auszugleichen, dürfte nach den Methoden der OEEC erreichbar sein, wenn es auch noch zu früh erscheint, technische Einzelheiten des Planes zu diskutieren.

Die grösste Schwierigkeit dieses wirtschaftlichen Zusammenschlusses wird in den unterschiedlichen politischen Interessen liegen. Werden hier doch Mitgliedsländer des Nord-Atlantik-Paktes mit Neutralen, wie Schweden, Schweiz und Österreich zusammengebracht. Gerade in diesem Punkt weist der Vorschlag in die Zukunft: Diese Zone wäre an wirtschaftlicher Bedeutung der russischen und amerikanischen mit allen damit verbundenen Vorteilen vergleichbar - wenn nicht sogar noch grösser. Aber die unterschiedlichen politischen Interessen und Konzeptionen der Mitglieder lassen die Freihandelszone nicht zu einem politischen Machtblock werden. Der wirtschaftliche Zusammenschluss gäbe den Europäern ihr Selbstvertrauen wieder und würde dazu beitragen, die politische Verkämpfung der Militärblocks zu lösen. Schon haben die Amerikaner mit einem - wie man glaubt - etwas säuerlichen Lächeln viel Glück gewünscht. Es wäre auch für die Russen die geeignete Gelegenheit, einem solchen Zusammenschluss Europas, der gerade die Überwindung der militärischen Blockpolitik in sich schliesst, ihr Wohlwollen zu erkennen zu geben.

Labour-Einheit von rechts bis links

E.A. Blackpool.

Aneurin Bevan's Wahl zum Parteikassierer, dem zweitwichtigsten Amte im Parteivorstand, liegt auf derselben Linie, wie die starke Labouropposition zur Suezpolitik Edens, wie die Kampfansage der Gewerkschaften an die Wirtschaftspolitik der Tories. Sie ist ein Symbol dafür, dass rechts und links in der Partei die Reihen schliessen, die alten persönlichen Fehden vergessen, um sich auf die Aufgaben einer neuen Labourregierung vorzubereiten. Schon einmal war ein Parteitag in Blackpool der Auftakt zu einem überwältigenden Laboursieg, dem von 1945, gewesen.

Der erste Tag der Konferenz gehörte den neuen Führern der britischen Arbeiterbewegung, Hugh Gaitskell, dem jungen Vorsitzenden der Partei und Frank Cousins, dem jungen Generalsekretär der riesigen Transport- und Fabrikarbeiterschaft, dem Vertreter einer kämpferischen Politik. Gaitskell verurteilte die gefährliche mit Krieg liebäugelnde Suez-Politik der Regierung. Die Regierung habe bisher noch keine bindende Erklärung abgegeben, dass sie keine Gewaltanwendung beabsichtige. Die Delegierten bereiteteten ihm eine lange Ovation, die nicht nur dem neuen Führer der Partei galt, sondern ebenso dem Manne, der im Unterhaus der Regierung die Zusage abgerungen hatte, den Suezkonflikt an die Vereinten Nationen überweisen zu wollen.

Frank Cousins sprach auf der Konferenz zum ersten Male als Führer der mächtigen Transport- und Fabrikarbeitergewerkschaft. Er verteidigte die Verstaatlichung der Grundindustrien, wiederholte seine Kampfansage gegen die Wirtschaftspolitik Macmillans, die er bereits auf dem Gewerkschaftskongress in Brighton so überzeugend vorgebracht hatte, und erklärte im Namen der Gewerkschaften, dass die Interessen des Volkes am besten von einer Labourregierung geschützt werden können. Die geradezu herzliche Aufnahme seiner Erklärungen durch die gesamte Delegiertenenschaft bildete einen starken Kontrast zu früheren Konferenzen. Noch vor einem Jahre wurden die Sprecher der Gewerkschaften von den Delegierten der sozialistischen Ortgruppen gewöhnlich mit Missfallenskundgebungen begrüßt. Insofern bedeutet Blackpool einen erfreulichen Wandel in den Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Labourorganisationen. Sie ziehen im Bewusstsein der gemeinsamen Gegnerschaft

zur konservativen Regierung am gleichen Strang.

Gefährliche Kluft überwunden

Dieser Wandel fand seinen klarsten Ausdruck in der Wahl Aneurin Bevan zum Parteikassierer. Das war nur möglich geworden, weil grosse und einflussreiche Gewerkschaftsorganisationen, die noch vor einem Jahre Bevan feindlich gegenüberstanden, geschlossen für den Vertreter des Linkskurses gestimmt hatten. So erfreut Aneurin Bevan über seinen diesjährigen Erfolg war, so froh war die gesamte Delegiertenschaft, dass die gefährliche Kluft zwischen rechts und links nun überbrückt ist. Nicht, dass Bevan und seine Anhänger weniger radikal für ihre Anschauungen eintreten werden; aber das Gefühl herrscht vor, dass unter der neuen, verjüngten Parteiführerschaft Raum genug für alle sein wird, um eine gemeinsame Politik auszukümmern und ihr zum Siege zu verhelfen. Wahrscheinlich wird die Wahl zum Parteikassierer für Bevan eine angesehenere Stellung im Schattenkabinetten bedeuten, vielleicht den Posten des Sprechers in der Aussenpolitik, also gleichsam der Posten des Ministers in der Opposition.

Radikale Wohnbaupolitik

Eine der wichtigsten Entscheidungen des Parteitages in Blackpool bestand in der Verpflichtung der Partei auf eine neue Wohnungspolitik. Wohnversorgung für jedermann wird als eine Sozialaufgabe des Staates anerkannt. Damit hat die Labourparty den Hausbesitzern der mietkontrollierten Wohnungen die Kündigung ins Haus geschickt. Rund sechs Millionen Wohnungen, die dem Mieterschutz unterliegen, sollen in Zukunft von den Gemeinde- und Stadtverwaltungen übernommen werden, die Hausbesitzer erhalten Entschädigung zum derzeitigen Kurswert. Millionen von Häusern müssen repariert, redekoriert und modernisiert werden. Von 14 Millionen britischer Familien leben sieben Millionen in Wohnungen ohne Badezimmer, drei Millionen ohne WC, zwei Millionen ohne Wasserleitung! Dazu müssen weitere zwei Millionen neuer Wohnungen erstellt werden, um die schlimmsten Slums zu beseitigen und den Familien, die über keine eigene Wohnung verfügen, eine menschenwürdige Heimstätte zu geben. Nur eine radikale sozialistische Wohnpolitik kann da Wandel schaffen.

Eine derartige gewaltige Aufgabe, zu der sich Labour in Blackpool verpflichtete, kann nur von einer geschlossenen und siegessicheren Bewegung in Angriff genommen werden. Als Hugh Gaitskell seinen

Appell zur Einsicht an die Partei und Gewerkschaften richtete, um diese und andere ebenso gewaltige Aufgaben zu bewältigen, erhielt er eine begeisterte und langanhaltende Ovation. Er nahm sie mit der Bemerkung entgegen, dass er darin die Bereitschaft der Delegierten erblicke, gemeinsam mit der Führung die unerhörte Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen übernehmen zu wollen.

* * *

Ein neuer Pensionskandal

Kl. Der ehemalige Generalfeldmarschall Erhard Milch wurde von dem Militärgericht in Nürnberg im Jahre 1947 wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Durch Gnaden-erlass wurde die Strafe auf 15 Jahre herabgemindert. Im Jahre 1954 wurde Milch im sogenannten Parole-Verfahren vorzeitig entlassen.

Milch hat im Dritten Reich auf Grund seiner Beziehungen zu Göring und zum Nationalsozialismus einen kometenhaften Aufstieg in seiner militärischen Laufbahn zurückgelegt. Nach der Auflösung des alten Heeres schied er nach dem ersten Weltkrieg als Hauptmann aus dem aktiven Dienst aus. Er trat 1920 zur zivilen Luftfahrt über und übernahm zunächst die Flugleitung Danzig, später wurde er in den Vorstand der Deutschen Luft Hansa berufen. Am 31. 1. 1933, am Tage nach der sogenannten "Machtergreifung", wurde Milch zum Stellvertreter des damaligen Reichsministers ohne Geschäftsbereich und Reichskommissars für Luftfahrt, Göring, ernannt. Er wurde schliesslich Staatssekretär und nach der offenen Wiedererrichtung einer deutschen Luftmacht am 30. 5. 1935 Generalleutnant, 1936 General der Flieger und 1938 Generaloberst. Am 1. 2. 1939 wurde Milch unter Beibehaltung der Stellung eines Staatssekretärs der Luftfahrt Generalinspekteur der Luftwaffe. Nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges übernahm Milch die Leitung der Luftstreitkräfte während der Operation in Skandinavien und wurde im Juli 1940 zum Generalfeldmarschall befördert. Nach Presseberichten bestätigte Milch aus Zeuge im Nürnberger Prozess, dass er im Jahre 1933 mit Hilfe Görings "zum Azier erklärt" wurde.

Es wurde nun bekannt, dass Milch monatliche Pensionsbezüge von

5. Oktober 1956

rund DM 1.281,-- erhält. Damit aber nicht genug. Bereits während seiner Inhaftierung in Landsberg erhielt seine Frau monatlich etwa DM 800,--. Nach seiner Entlassung wurde ihm zunächst ein Jahr lang als Heimkehrer (!) ein Betrag von monatlich DM 1.300,-- gezahlt. Dieser Fall reicht sich würdig an die Pensionsgewährung von Lautz, Schröder, Raeder und andere an. Während die Opfer des Nationalsozialismus, jenes Systems, dem Milch nicht nur während gedient hat, sondern durch das er auch belohnt worden ist, jahrelang um ihre berechtigten Ansprüche kämpften und heute noch kämpfen müssen, ebenso wie die politischen Heimkehrer, die auf Grund ihrer freiheitlichen Gesinnung durch das sowjetische System zum Teil zehn Jahre in Sibirien schmachten mussten, wird Herr Milch durch die Bundesrepublik eine Pension von DM 1.281,-- gewährt und seine Angehörigen erhielten bereits während seiner Haft namhafte Beträge. Man hat aus den Fehlern der Weimarer Republik nicht nur nichts gelernt, sondern man belohnt auch heute noch die prominentesten Vertreter des Dritten Reiches durch hohe Pensionen.

Wenn in diesen Tagen die Meldung durch die Presse ging, dass auch Herr D ö n i t z eine monatliche Pension von rund DM 1.300,-- erhält, so entsteht hier die Frage, ob auch an seine Angehörigen bereits während der Haft Bezüge ähnlich wie bei Milch gezahlt worden sind. Die Bundesregierung wird die Frage beantworten müssen, ob an die jetzt noch in Spandau und Landsberg Inhaftierten bereits ebenfalls Pensionsbezüge entrichtet werden. Es dürfte an der Zeit sein, dass die Bundesregierung auch Aufklärung darüber gibt, an welche ehemaligen führenden Personen und sogenannten Kollaborateure des Hitler-Systems Pensionsbezüge, und zwar in welcher Höhe, gewährt worden. Die breite Öffentlichkeit hat ein Recht dazu, hier endlich klar zu sehen. Es kann nicht angehen, dass die Opfer eines barbarischen Systems mit Hungertoten abgespelt werden und die kleinen Mitläufer des Nationalsozialismus bestraft wurden, während die Verantwortlichen und Schuldigen heute durch hohe Pensionen belohnt werden.

Ein Politiker sehr eigener Prägung

R. Am 6. Oktober wird Waldemar v. Knoeringen 50 Jahre alt. Er ist in den dreissig Jahren seiner Zugehörigkeit zur SPD zu einer politischen Persönlichkeit sehr eigener Prägung geworden, die die vorurteilsfreie, aufgeschlossene Modernität der Partei wie kaum ein anderer verkörpert. So ist es wohl begründet, dass gerade er sich seit langer Zeit mit dem ihr eigenen Schwung und Ideenreichtum um die Probleme kümmert, die aus den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der angewandten Atomenergie entspringen und die mit der politischen und technisch-beruflichen Nachwuchsbildung zusammenhängen.

Zur anderen beruht seine feste Verankerung in Bayern nicht zuletzt darauf, dass seine eigenwillige, undogmatische Art, politisch zu denken und zu handeln, auch gut das Besondere bayerischer Politik und speziell sozialdemokratischer Politik in Bayern kennzeichnet und widerstrahlt.

Knoeringen stammt aus schwäbischem Uradel, besuchte die Volksschule, bildete sich durch Selbststudium weiter, betätigte sich dann im Arbeiter-Versicherungsdienst. 1926 schloss er sich der SPD an, kämpfte in vorderster Reihe gegen den Nationalsozialismus, emigrierte setzte vom Ausland aus den geistigen Kampf gegen die Hitler-Diktatur fort. Als 1943 in Casablanca die bedingungslose Kapitulation Deutschlands verkündet wurde, gab Knoeringen demonstrativ jede Mitarbeit am englischen Rundfunk auf, wie er es nach dem Zeugnis von Richard Grossman und anderen auch bis dahin konsequent abgelehnt hatte, aus seiner Feindschaft gegen den Nationalsozialismus eine Propaganda gegen Deutschland werden zu lassen. Fortan widmete er sich nur noch der Arbeit für die deutschen Kriegsgefangenen in England.

Vor zehn Jahren kehrte er nach Deutschland zurück, wurde alsbald erster Vorsitzender der SPD in Bayern und ist seitdem immer wieder auf diesen Posten gewählt worden. Sein hohes Ansehen in Bayern hat in diesen ganzen Jahren auch auf das Bundesgebiet und hier natürlich insbesondere auf die SPD ausgestrahlt: nach den Wahlen zum unbesetzten Bundesvorstand stand er auf den letzten drei Parteitag an erster oder zweiter Stelle.

Knoeringen ist ein Mann von motorischer Lebhaftigkeit, wirkt aber auf der politischen Bühne lieber als Regisseur aus dem Hintergrund denn als Akteur im Kampferlicht. Er ist ein vorzüglicher Taktiker mit viel Erfahrung und Erfolg auf dem weiten Gebiet der Konzeptionsbehandlung. Ein Meisterstück in dieser Hinsicht war die Bildung der gegenwärtigen bayerischen Regierung, die vor allem auf ihn zurückgeht. Heute ist er der Vorsitzende der neuartigen, auf seine Initiative zurückgehenden Einrichtung eines Koalitionsausschusses aus SPD, BP, FDP, BHE. Von seiner Klugheit und von seinem Geschick hängt in erster Linie der Fortbestand dieser Regierung ab.

Persönlich zeichnen ihn Bescheidenheit und ein unverwundlicher Optimismus aus, sowie eine unausrottbare Neigung, Politik zunächst einmal als Idealist und erst danach als Manager zu betreiben. Viele sehen in ihm eine der grossen Hoffnungen der SPD für den Fall, dass ihr im Bundes-Regierungsverantwortung zufallen sollte. Ob Knoeringen freilich einem solchen Ruf, wenn er an ihn erginge, folgen würde, ist bei seiner ganzen Art ungewiss.

* * *